

Naturrecht im Widerspruch – eine kritische Rekapitulation mit Klarstellungen

Ich trete – trotz eines gewissen Unbehagens über den Jakobinismus der egalitären Fortschrittsparteien, das in den pointierten Charakterisierungen der Kritik an emanzipativen Bestrebungen zu etwas distanziert anmutenden Formulierungen geführt haben mag – uneingeschränkt für alle Arten von emanzipatorischen Bestrebungen und Vervielfältigungen von Lebensformen ebenso wie für konsequenten Naturschutz sowie die entsprechende Ausrichtung von Politik ein – obwohl Umweltschutz der Kapitalverwertung zu Gute kommt. Das Gesellschaftsmodell der französischen Revolution ist unverzichtbar und konstitutiv verbunden mit der Idee der Freiheit des Einzelnen. Neue Formen der Selbstfindung sind damit eingeschlossen. Das Widerstandsrecht gegen staatliche Willkür oder restriktive Gängelung ist dabei unbenommen und eine Sache konkreter fallbezogener Abwägungen über Angemessenheit, was die allgemein verbindliche Durchsetzung, Überwachung und Sanktionierung egalitärer Schutzmaßnahmen für Minderheiten angeht. Hierbei kann nüchternes konservatives Denken in seinem Bezug auf Tradition hilfreich sein.

Gleichzeitig sehe ich das Problem, dass die verständnislose prinzipiengeleitete staatliche Exekution von Egalität sowie der moralische Gestus von eingeleiteten gesetzlichen Regelungen das Problem, das sie bekämpfen sollen, verstärkt hervorrufen; es entsteht der beschriebene fatale Zirkel. Der Bereich all dessen, was möglicherweise rassistisch genannt werden könnte, weitet sich aus. Dadurch wächst ständig die Gefahr, dass Bürger sich in irgendeiner Weise falsch äußern oder verhalten;

Unsicherheit und Trotz breiten sich aus. Diese gesellschaftliche Atmosphäre erzeugt das Gefühl von Unfreiheit. Sie ist es, auf die das Verdikt der Gegner von Wokeness anspielt, wenn sie sagen, die Meinungsfreiheit werde eingeschränkt. Die Diagnose stimmt. Ihr wird politisch und journalistisch entgegnet, in den westlichen Demokratien sei jede Rede-weise erlaubt, die nicht den freiheitlich demokratischen Grundordnungen widerspreche – und dies in wirklich weiten Grenzen des Zulässigen. Auch diese Diagnose stimmt. Es wird aneinander vorbeigeredet, denn die eine Ebene, auf der Gängelung beklagt wird, ist die einer lebensweltlichen Atmosphäre mit ihren unmittelbaren Evidenzen; die rigiden moralischen Ansprüche und die staatlichen Regulierungen nehmen zu. Zugleich sind solche Ansprüche und Regeln legitim und demokratisch grundsätzlich geboten.

Die andere Ebene betrifft die durchaus sehr offene demokratische Organisation der Meinungsfreiheit, die mit der demokratischen Sicherung der Freiheitsidee zusammenhängt – davon ist nicht berührt, dass es jene lebensweltlichen Einengungen gibt, die eigentlich egalitär befreiend für alle gemeint sind, aber bei vielen auf Unverständnis stoßen. Lebensweltliche Atmosphäre von Unmut prallt auf juristische und politische Reglements zum Minderheitenschutz, die jedoch ihrerseits durch ein emanzipationsorientiertes gesellschaftliches Milieu atmosphärisch mit moralischem Druck versehen werden. Zwei Wahrheiten und Milieu-Atmosphären, die sich logisch, ideengeschichtlich und emotional ausschließen – Freiheit wird eingeschränkt/Freiheit wird nicht eingeschränkt –, aber gleichwohl zutreffen, liegen im Rahmen der institutionellen Dominanz des egalitär-emanzipatorischen Selbstverständnisses in einem Gemisch von gegensätzlich polarisiertem Moralempfinden im Streit. Die Dominanz resultiert unter anderem aus der Rekrutierung der Autoren in den wortführenden Medien aus einem intellektuellen Milieu, das überwiegend egalitäre Orientierungen präjudiziert; das bringt ihnen das Urteil »Lügenpresse« ein und verlagert die Informationsbeschaffung der Erbotenen auf die Plattformen, auf denen sie sich mit Gleichgesinnten selbst bestätigen können. Die politische Gewichtung und Handhabung der gegensätzlichen Prinzipien gestaltet sich in den demokratischen Staaten je nach geschichtlicher Tradition

unterschiedlich und kann die Schwerpunktsetzung in Abhängigkeit von kontingenten Bedingungen verschieben. Dabei ist nicht unerheblich, dass ja die emanzipatorische Tradition nicht nur eine Art Anregung zur Emanzipation vorgibt. Vielmehr ist sie ein politisch-moralisches Programm mit erheblichen Sanktionen, das sich als vorsorglicher Schutz des gesellschaftlichen Lebens vor antagonistischem Stillstand versteht und auf diese Weise zu einer anmaßenden Attitüde von Fortschrittlichkeit werden kann. In der französischen Revolution wurde das idealtypisch vorexerziert.

Jener Unmut der Regulierungsgegner gründet – in Europa überwiegend unerkannt – im republikanischen Prinzip des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, blieb dort aber Atmosphäre; in den USA ist er parteipolitisch institutionalisiert. Dagegen dominierte in Europa die egalitär-demokratische bzw. sozialdemokratische Staatlichkeit in einer vernünftigen Balance mit dem liberalen Naturrecht. Die Europäer werden nun aufgeschreckt, weil der Republikanismus in seiner prekären, mit völkischen Idealen aufgeladen Form plötzlich in Europa Wahlen gewinnt oder zu gewinnen droht, das heißt institutionell wird. Die völkisch radikalisierten Republikaner der USA sind von dieser Art von europäischem Republikanismus begeistert.

Solange der politische Diskurs und das, was man die »fortschrittlichen Kräfte« nennt, nicht den eigenen Anteil an der schief laufenden Diskussion über Meinungsfreiheit erkennt, dreht sich der Verursachungszusammenhang fatal um: die demokratisch Gutmeinenden stimulieren rassistische Tendenzen. Gleichwohl: Die Gleichberechtigung von Lebensformen und der Schutz von Minderheiten (auch der scheinbar merkwürdigsten Art) steht als schrittweiser Entwicklungsfortschritt der bürgerlichen Gesellschaft nicht zur Disposition. Aber die Überheblichkeit der Vorreiter für das politisch korrekte Denken, Reden und Verhalten gegenüber all jenen, die im Rahmen eines mehr oder weniger diffusen Bewusstseins von Normalität und Naturgegebenheit leben, und denen weder das Recht zu einem solchen Leben abgesprochen, noch die Pflicht zur permanenten Emanzipation staatlich auferlegt werden kann, verschärft mit der Vorstellung, solche Zumutungen seien politische und vor allem moralische Selbstverständlichkeiten für

jedermann und jede Frau, den Widerstand gegen das, was auch ohne solche unreflektierte Besserwisserei als faktische Entwicklung schon zu Problemen führen muss; denn diese Spaltung zwischen privilegierten intellektuell arrivierten Biographien mit demonstrativem Hang zur Emanzipation einerseits und »normaler Bevölkerung« andererseits ist ein gesellschaftliches Faktum. Aufmerksamkeit auf Widersprüche, Hilflosigkeiten, Eigenanteile könnte jenen privilegierten Vorreitern politischer Vernunft und menschlicher Toleranz zugemutet werden. Stattdessen sind sie intolerant, apodiktisch und diskriminierend im Urteil, wenn es um die Durchsetzung von Toleranz und Gleichberechtigung geht. Sie könnten das Dilemma ihrer Position erkennen und sich damit auseinandersetzen. Der offizielle politische Diskurs wehrt sich zwar zurecht gegen die einer eigenen Logik folgenden, meist verschwörungstheoretisch begründeten Vorwürfe, die bestehenden demokratischen Gesellschaften würden die Freiheit des Einzelnen mit Füßen treten. Solange aber die privilegierten Vordenker und Vordenkerinnen des »Kulturbetriebs«, die Politiker und Politikerinnen sowie die »Qualitätsmedien« nicht den konstitutiven Eigenanteil an der verfahren polarisierten Situation erkennen und berücksichtigen, werden alle Maßnahmen dem rechtsradikalen Populismus entgegen zu treten, nicht nur ins Leere laufen: sie werden den Konflikt verschärfen. Insbesondere lenken alle schiefen Diskussionen und Schuldzuweisungen vom Wichtigsten ab: die vom populistischen Oberflächengeschehen gänzlich unabhängige Herkunft und Logik des rechtsradikalen, rassistischen Grundbestands der modernen Demokratien zu rekonstruieren.

Es wird entscheidend sein, ob die Akteure des politischen Diskurses zu einer Reflexion auf die Sachlage, ihre Scheinwidersprüche und Selbstwidersprüche, in der Lage sind. Denn es ist nicht auszuschließen, dass das Wichtigste, worauf jene engagierten Demokraten rekurrieren, die Emanzipationsmöglichkeiten jedes Einzelnen, sich im Rahmen von Handlungsweisen, die durch die übliche Kurzsichtigkeit und Theorielosigkeit apodiktischer Positionierungslogik parteipolitischen Handelns bestimmt wird, allmählich politisch selbst zerstört. Wesentlich ist, dass nicht der falsche Gegensatz zwischen zwei Positionen, einer anti-demokratischen (mit abstrus anmutendem, tatsächlich aber lediglich

nicht begriffenem Freiheitsbegriff) und einer demokratischen (mit »demokratiegemäßem« Freiheitsbegriff) hergestellt wird. Es handelt sich vielmehr um das Spannungsfeld der beiden in der bürgerlichen Revolution entstandenen, demokratischen Naturrechtslehren mit zwei legitimen Freiheitsbegriffen.

Die eine Position besteht darauf, dass die Menschenrechte sowie die gesellschaftliche Verfasstheit naturgegeben sind, so dass der Staat zwar den Auftrag hat, die Gemeinschaft zu regieren, aber alle Einzelnen zugleich das Recht haben, sich diesem Regiment zu widersetzen, wenn es nicht die individuellen Interessen (und Selbstgenüsse) im Blick hat, die jederzeit als natürlich begründet erkennbar sind. Das widerspricht in jeder Hinsicht der anderen Vorstellung, der Staat habe – damit die Gesellschaft gerecht und freiheitlich bleibe und möglichst noch freiheitlicher und gleichgesinnter werde – das Recht und die Aufgabe, die Bürger zu etwas zu erziehen, das möglicherweise ihrem eigenen Lebensgefühl widerspricht, weil ihnen die moralischen Voraussetzungen für eine demokratische Innerlichkeit und Interessiertheit noch fehlen – so die anmaßende egalitäre Diagnose, wenn Bürger nur einfach in Ruhe gelassen werden wollen. Naturgegeben sind in beiden Fällen Freiheit und Gleichheit, aber im einen Fall sind sie naturgegebene Selbstverständlichkeiten materiellen Überlebens (und sogar Tugenden, wenn man Shaftesbury folgt), die (notfalls) gegen den (leider unumgänglichen Staat) verteidigt werden müssen; im anderen Fall sind es moralische Maximen für zukünftige Menschlichkeit, die erst noch als natürliche Tugend ausgebildet werden muss, so dass der Staat Verantwortung dafür trägt, dass das auch geschieht. Die innere Spannung zwischen den Grundlagen des rechtsgerichteten republikanischen Populismus einerseits und jenen des Trends zum Jakobinismus andererseits existiert seit Anbeginn der Demokratie.

Grundsätzlich ist aber für die aktuelle Situation eine Verdeutlichung unterschiedlicher Ebenen der politischen Einflussnahme sowie eine politische und moralische Gewichtung angebracht: Die Unfähigkeiten progressiver egalitärer Politik betreffen positionslogische Verengungen, theoretische Unwissenheit und strategische Kurzsichtigkeit, aber keinen Angriff auf die Menschenwürde. Demgegenüber sind die hass-

erfüllten aggressiven Maßnahmen gegen emanzipatorische und demokratische Bestrebungen, wie sie im Republikanismus der USA deutlich werden und in verschiedenen Staaten Europas auf unterschiedliche Weise um sich greifen, bestürzende politische Entwicklungen.

Wenn also unter diesen Voraussetzungen der degenerierte Republikanismus mitsamt seinen rassistischen Trittbrettfahrern verstanden und auf seine legitimen und respekablen demokratischen Wurzeln zurückgeführt wird, sowie zudem die völkischen und rassistischen Entwicklungen in diesen Rahmen verständlich eingeordnet werden, so handelt es sich um ein theoretisches Verständnis. Es ist unerlässlich für eine realistische Einschätzung der im Blickpunkt befindlichen Prozesse. Mit theoretischem Verständnis ist aber keineswegs ein politisches und moralisches Einverständnis verbunden. Es ist im Gegenteil angesichts der theoretisch aufgedeckten Zusammenhänge gerade dadurch ausgeschlossen. Das bedeutet, dass vernünftige und politisch relevante Kritik nur ohne jede moralische und richtungspolitische Haltung möglich ist. Rationales Verständnis ergibt sich vielmehr durch eine strikt theoretische Annäherung an das, was durchaus auch bereits vorgängig – auf Grund eines moralischen Urteils, politischer Einschätzung und historischer Erfahrung – als kritikwürdige Position ins Auge gefasst wurde. Diese hermeneutische Position lässt sich in der Regel zwanglos einnehmen, wenn alle sich auftuenden Widersprüche zugelassen sowie die gegnerischen Positionen ihres apodiktischen Charakters entkleidet und auf die Logik ihrer Herkunft als gesellschaftliches Bewusstsein zurückgeführt werden, ohne sie umstandslos als aus einer »wohlbekannten Ecke kommend« abzuqualifizieren, weil sie der eigenen politischen Herkunft widersprechen. Dieser Zugang verhindert umgekehrt, vorschnell einer dem eigenen Vorurteil entsprechenden Position zuzustimmen, ohne die Wahrheit der Sinnzusammenhänge der Gegenseite zu berücksichtigen. Das heißt, die moralische Position wird nicht im Gestus einer Anklage mit den eigenen Werten konfrontiert. Kritik ergibt sich aus der Aufklärung über den Sinn, aber auch die paradigmatisch zwingenden politischen Konsequenzen derjenigen Positionen, die verständlich als Bestandteil der durch eben diese Paradigmen strukturierten Zusammenhänge vorgeführt werden. Die Wertung

liegt dann in der eröffneten Möglichkeit, Position eingedenk der nun jeweils realistisch erkennbaren Konsequenzen jeder der Haltungen zu beziehen. Das lässt zwar alle Positionen zu, erlaubt aber nicht mehr, prekäre Aspekte zu leugnen und sich vor deren Konsequenzen zu drücken. Maßstab von Wertung bleibt das Erbe der christlich-humanistisch definierten Menschenwürde im besonnenen Abgleich mit den beiden modernen naturrechtlichen Prinzipienreitereien unter Anwendung des kategorischen Imperativs.

Im Rahmen der moralischen Schiefelage zwischen den völkisch degenerierten Republikanern und den egalitären Tugendwächtern, die sich eifertig der Menschenwürde befleißigen, stehen sich zwei Paradigmen gegenüber. Dass eine Überzeugung der Inhaber des einen durch die des jeweils anderen ausgeschlossen ist, kann jederzeit im politischen Diskurs beobachtet werden; Paradigmen funktionieren so. Es gibt keine Möglichkeit, durch empirische Belege das eigene Paradigma dem Inhaber des anderen plausibel zu machen.¹ Daher ist auf der grundsätzlichen Ebene eine Lösung des Problems nicht zu erwarten. Nur die Umstände für ein gedeihliches Miteinanderauskommen können die Schwierigkeiten variieren. So gab es ein balanciertes Zusammenleben in vielen Fällen in den Demokratien. Die Rückkehr zu dieser »diplomatischen« Balance mit dem Ziel, den politischen Erfolg der völkischen Infiltration des um sich greifenden Republikanismus zu verhindern, kann nicht – wie in der BRD politisch eingeleitet – durch stärkeres Wirtschaftswachstum und erhöhte Geldausgaben für Brückensanierung oder Kindertagesstätten gelingen. Die Ebene der Anspannung liegt woanders: Das Projekt der Moderne ist außer Kontrolle geraten. In der Vielzahl der naturwüchsigen Fortschrittsentwicklungen, die mit

1 Paradigma wird hier im inzwischen gebräuchlichen, diffusen Wortsinn gebraucht, der aber von seiner Stoßrichtung her gleichwohl eine gewisse Berechtigung hat. Zu den Bedingungen, die der Begriff im strengen Sinne zu erfüllen hat, vgl. neben Kuhn 1968 vor allem Mastermann 1974; vgl. auch Eisel 2021a »Widerspenstige Tatsachen: Exkurs zu einer versäumten Klärung« in »Konservatives geographisches Paradigma mit Hang zum Fortschritt oder: Wie kann man seinem eigenen Gegenteil Genüge tun?«, 162–170.

der Kapitalverwertung einhergehen, akkumulieren und verweben sich Sinnprobleme, die sich weder technologisch noch sozialpolitisch noch bürokratisch lösen lassen. Genau diese Lösungen werden aber – erfolglos – in Angriff genommen. Dabei geht die technologische Lösung durch die Digitalisierung der Lebenswelt mit der wohlmeinenden sozialen Lebensverbesserung und emanzipativ gerichteten Reglementierung eine unheilige Allianz ein; diese Allianz ist nicht die Lösung, sondern Teil des Problems. Bevor der politische Diskurs sich nicht dieser Problemlage und jener Sinnebene vergewissert, kann zu der alten Balance, die unter weniger komplexen Bedingungen der Weltlage und des Zusammenlebens sowie in einer Atmosphäre der Gemeinsamkeit nach dem letzten großen Weltkrieg und dem Faschismus gelang, nicht zurückgefunden werden – falls das überhaupt noch möglich ist. Der entscheidende Ausgangspunkt von demokratischer Politik und von Maßnahmen gegen ihren Zerfall wäre, das Dilemma zu begreifen, in dem sie sich grundsätzlich befindet: dem Widerspruch zwischen emanzipatorischer Orientierung mit den lauenden jakobinischen Tendenzen einerseits und dem legitimen persönlichen Vorbehalt gegenüber Emanzipation als politisches Freiheitsrecht gegenüber jeglicher Staatlichkeit, prekär verbunden mit den möglichen dogmatischen rassistischen und faschistischen Konsequenzen, andererseits. Allerdings besteht wenig Anlass zur Hoffnung, dass die konkrete politische Auseinandersetzung einen Ort zur Verfügung hat, der ihr die wirksame parlamentarische Debatte dieser komplexen Sachlage ermöglicht.

Die irritierenden kulturellen, geistigen und ökonomischen Transformationen, die oben in »Paradoxe Umbruch: Subjektivität im Niedergang – Selbstbestimmung im Vormarsch« beschrieben wurden, sowie die Summe weltpolitischer Spannungen und Umwälzungen kommen einer Implosion der vom Abendland ausgehenden Zivilisation gleich: die offenbar funktionierende Verbindung von undemokratischer Herrschaft mit privater Kapitalbildung, die endlosen Flüchtlingsströme, oligarchische Kapitalbildung, terroristische Anschläge durch Staaten, Geheimdienste und terroristische Organisationen, ein mehrschichtiger globaler Religionskrieg, ethnische Genozide, Cyberkriminalität, welttouristische imperialistische Natur- und Kulturzerstörung, Pira-

terie, Diskriminierung von Minderheiten, korrupte Bürokratien und mafiöse Gesellschaftsstrukturen, ein weltweiter Kulturkampf gegen Modernisierung bei gleichzeitig exponentiell beschleunigter Modernisierung, ungeschminktes Lügen in der politischen Kommunikation, Waffen- und Menschenhandel, massenhafte Folterungen und Umerziehungen, weltweite Drogensucht, Wasserknappheit, Terrorstaaten und -netzwerke, ausufernde Bandenkriege, pädophile Netzwerke und organisierte Kinderschändung, neuerliches Wettrüsten, enorme Kindersterblichkeit, die marode Moral von Großbanken, Hedgefonds und Brokern, Kontinuität des Antisemitismus, grassierende Hungersnot, der weltweite Einfluss einer Vielzahl mafiöser Clans, Dürrekatastrophen, beliebige Angriffskriege, Meeresverschmutzung, der Nahost-Konflikt, rasant ansteigende Artensterblichkeit, größte Massenarmut bei gleichzeitigem Superreichtum, neo-imperialistischer Kampf um Rohstoffe, finanzkapitalistische Zusammenbrüche.² Unter diesen Bedingungen radikalisiert sich die Ausbeutbarkeit des innerdemokratischen Widerspruchs in der Weise, dass die politische Tradition, die schon immer beiden demokratischen Linien als dritte – antiegalitäre und antirepublikanische – Version vom richtigen Leben gegenüber stand, an deren Widerspruch anknüpft und die Sinnebene bedient, auf der der Republikanismus ein günstiges Einstiegsangebot macht: konservative, völkische und rassistische Weltkonstruktionen diffundieren in die demokratische Spannungsbeziehung und verleihen dem radikalisierten Republikanismus eine zusätzliche fatale Stoßrichtung.³

-
- 2 Es wäre eine eigene Untersuchung zu rekonstruieren, welche der zahllosen Spannungen und Transformationen in welcher Art von Zusammenspiel die geschilderte Polarisierung sowie deren Übernahme durch faschistische Bewegungen forcieren, statt etwa ganz andere Konsequenzen zu präjudizieren – was formal ja nicht prinzipiell ausgeschlossen ist.
 - 3 Es ist selbstverständlich, dass der Liberalismus mit seinen zentralen Orientierungen an Toleranz, Pluralismus, Chancengleichheit, kontingenter Freiheit, Fortschritt usw., wenn er diesen Prinzipien ein glückliches Leben konsequent demokratisch abzugewinnen ermöglicht, nicht grundsätzlich so degenerieren muss, wie es in den USA geschieht.